



Konrad  
**-Adenauer-**  
Stiftung

Berlin, 11. August 2005

## **Die weltpolitische Karte sticht nicht**

Warum der „Mut zum Frieden“ der SPD nicht zum Sieg bei der Wahl verhilft

Nach den erdrutschartigen Verlusten der SPD in den NRW-Wahlen im Mai 2005 war in den Medien scherzhaft zu lesen, nun könne der SPD selbst ein amerikanischer Truppeneinmarsch in Frankreich nicht mehr zum Sieg verhelfen. Hier lag viel Wahrheit im Witz. Für Beobachter steht fest, dass die vorzeitige und einseitige Absage einer deutschen Beteiligung an einem Truppeneinsatz im Irak der SPD im Wahlkampf 2002 die notwendige Mehrheit verschafft hat. Warum, so scheint man in den Reihen der Sozialdemokraten zu folgern, könnte man mit außen- und sicherheitspolitischen Themen nicht auch im Wahlkampf 2005 punkten? Gerade mit der Weltpolitik sieht sich Rot-Grün auf der sicheren Seite: Deutschland sei in den vergangenen sieben Jahren zur international anerkannten „Friedensmacht“ gereift, geführt von einem „Friedenskanzler“, der sein Land mit Führungsstärke und Prinzipienfestigkeit durch weltpolitische Wirren gesteuert habe. „Wir stehen für den Mut zum Frieden“ ist folgerichtig auf SPD-Wahlplakaten zu lesen. Wofür „die Anderen“ stehen wisse man nicht, für den Frieden aber sicher nicht. Offenkundig soll die „Friedens-Chiffre“ auch diesmal auf die Mühlen des Wahlkampfes gelenkt werden. Es spricht aber wenig dafür, dass die SPD damit beim Wähler ankommt.

Zunächst fehlt es an großen außenpolitischen Themen, die zur wahlkämpferischen Polarisierung taugen. Bis zum 18. September wird kein weltpolitischer Konflikt zu einem Krieg eskalieren, aus dem man Deutschland aus „friedenspolitischen Erwägungen“ heraushalten könnte. Der Schrecken des Irak-Krieges scheint verdrängt und die täglichen Meldungen von Toten und Verwundeten werden - wenn überhaupt - eher schulterzuckend zur Kenntnis genommen. Die Behauptung, „mit der CDU wäre man heute in Bagdad“ ist unbewiesen und unglaubwürdig. Beim Streit im Vorfeld des Irak-Krieges ging es nicht um die Entsendung deutscher Truppen sondern um die Abstimmung mit den Partnern. Nur drei Szenarien haben momentan ein unmittelbar empfundenes Gefährdungspotential oder versprechen einen wahlrelevanten Aufmerksamkeitseffekt: eine Eskalation der Krise in Nordkorea verbunden mit einem militärischen Vorgehen der USA, ein verheerender Anschlag islamistischer Terrorgruppen in Deutschland oder ein Angriff auf die Atomanlagen des Iran.

Die Krise auf der koreanischen Halbinsel ist in der (deutschen) öffentlichen Wahrnehmung schon seit längerem in den Hintergrund getreten. Zu Unrecht, denn die Dringlichkeit des Nordkorea-Problems ist größer als die der nuklearen Ambitionen des Iran. Während der Iran noch etwa zehn Jahre von der Produktion eigener Atomwaffen entfernt sein soll, hat sich Nordkorea bereits offiziell zum Kernwaffenstaat erklärt. Die sich daraus ergebenden Gefahren

sind kaum zu überschätzen. Die unberechenbare Führung des rätselhaften Landes verfügt über weitreichende Raketen und chemische Waffen und könnte bis zu zehn Atomwaffen produziert haben. Seit 2003 wird versucht, Nordkorea auf dem Verhandlungsweg zum Verzicht auf seine Nuklearrüstung zu bewegen. Sollten diese Gespräche scheitern - und vieles deutet darauf hin - dann wird von amerikanischer Seite auch eine militärische Option nicht ausgeschlossen.

Die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf einen Krieg in Ostasien würde sehr von den Umständen des Konfliktes und von dem Verhalten der Regionalmächte China, Russland und Japan abhängen. Entscheidend für den Wahlkampf ist, dass militärische Sanktionen gegen Nordkorea - sofern sie überhaupt verhängt werden - nicht in den kommenden Monaten real werden. Selbst wenn die derzeit ausgesetzten Verhandlungen endgültig abgebrochen würden, wäre der nächste Schritt eine Delegation der Angelegenheit an den UN-Sicherheitsrat. Erst wenn dessen Maßnahmen wirkungslos blieben, dürfte die Bush-Administration Militärschläge ernsthaft erwägen. Dann aber wäre die Wahl gelaufen.

Wesentlich schwieriger sind die Auswirkungen eines verheerenden Terroranschlages in Deutschland einzuschätzen. Die Gewaltakte vor allem der von Al-Qaida inspirierten Gruppen scheinen zwar primär auf jene Länder zu zielen, die militärisch im Irak präsent sind. Die Vordenker des Terrors haben aber immer wieder deutlich gemacht, dass sich ihre Angriffe gegen alle jene „Kreuzfahrerstaaten“ richteten, die in der islamischen Welt Truppen stationiert haben. Mit dem Engagement der Bundeswehr in Afghanistan könnte also auch Deutschland zum Opfer von Terroranschlägen werden. Zumindest muss es nachdenklich stimmen, dass ein kürzlich in Pakistan gefasster Al-Qaida-Kämpfer Landkarten deutscher Großstädte mit sich geführt haben soll.

Allerdings müsste sich eine solche Katastrophe nicht unmittelbar positiv auf die Haltung der Wähler gegenüber der Bundesregierung auswirken. Zwar gilt in vielen Ländern der Grundsatz, dass man sich in Krisenzeiten hinter die Staatsführung stellt. Die Tragödie von Madrid hat aber gezeigt, dass eine Regierung durch die Art und Weise des Umgangs mit der Katastrophe die öffentliche Meinung auch gegen sich aufbringen kann. Darüber hinaus würde ein Anschlag in Deutschland die von Teilen der Regierung unterschwellig geförderte Meinung widerlegen, dass Deutschland aufgrund seiner ablehnenden Haltung gegenüber den USA im Irak-Krieg heute weniger gefährdet sei. Schließlich würden diejenigen bestätigt, die seit langem darauf drängen, der Gefahr durch religiös motivierten Terrorismus energischer entgegen zu treten. Solche Stimmen gibt es aber eher in den Reihen der Opposition als in der Regierung.

Der Streit um die nuklearen Ambitionen des Iran hat die sicherheitspolitischen Schlagzeilen in den vergangenen Monaten dominiert und bietet scheinbare Parallelen zum Irak-Fall, die für die Aura des „Friedenskanzlers“ genutzt werden könnten: Die Bush-Administration warnt vor iranischen Atomwaffen, die an Terroristen weiter gegeben werden könnten. Sie verweist auf Teherans geheime Aktivitäten im Nuklearbereich und beruft sich dabei auf Erkenntnisse der Geheimdienste. Um den Iran vom Griff nach der Bombe abzuhalten, werden auch Militäraktionen nicht ausgeschlossen. Hier enden aber schon die Gemeinsamkeiten. Das

iranische Nuklearprogramm ist eine Tatsache und wird von der Führung des Landes als Beleg für nationale Größe gepriesen. Teherans Unwahrheiten gegenüber der Internationalen Atomenergie-Behörde sind dokumentiert und keine Behauptung der Nachrichtendienste. Sie bilden die Grundlage für die Befürchtungen der USA und der EU, dass der Iran auf eine Gewinnung von Spaltmaterial für den Bau von Kernwaffen abzielt.

Deutschland hat sich zusammen mit Frankreich und Großbritannien an die Seite der USA gestellt, um den Iran von seinen Plänen abzubringen. Dabei haben die Europäer sogar durchblicken lassen, sich dem amerikanischen Wunsch nach einem härteren Vorgehen anzuschließen, falls das Mullah-Regime nicht einlenkt. Der Iran zeigt sich von solchen Drohungen bislang wenig beeindruckt und führt sein Nuklearprogramm trotz zeitweiliger Moratorien fort. Gelingt hier nicht die Kehrtwende, so würde dies auch ein Scheitern der deutschen Politik und insbesondere von Außenminister Fischer bedeuten, der viel persönliches Prestige an die Verhandlungen mit dem Iran geknüpft hat.

Die Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens gegen die iranischen Atomanlagen wäre in der deutschen Öffentlichkeit allerdings nur schwer zu vermitteln - zumal es erhebliche Risiken birgt. Ebenso schwer wäre es aber für den Bundeskanzler, sich öffentlichkeitswirksam gegen eine amerikanische Regierung zu wenden, an deren Seite man sich vorher zusammen mit Frankreich gestellt hatte. Möglicherweise wäre sogar Israel in ein militärisches Vorgehen gegen den Iran involviert, da Tel Aviv die Gefahr eines nuklearen Iran als vitale Bedrohung ansieht. In diesem Fall wäre das Thema noch weniger wahlkampf-tauglich. Kein deutscher Bundeskanzler kann sich auf Kosten des Existenzrechts Israels profilieren. Darüber hinaus gilt das gleiche, wie im Fall Nordkoreas: ein Militärschlag gegen iranische Atomanlagen steht - wenn überhaupt - in den kommenden Wochen nicht an.

Es bleiben der SPD vermutlich also nur allgemeine Verweise auf die „friedenspolitischen“ Erfolge der rot-grünen Regierung. Aber auch hier sieht die Bilanz bescheiden aus und bleibt weit hinter den medialen Ereignissen zurück. Das Bemühen um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat schien eher von Geltungsbewusstsein als von einer realistischen Einschätzung der Lage getrieben. Die Anstrengungen des Außenministers um eine Annäherung der Konfliktparteien im Nahen Osten waren wenig erfolgreich. Das Werben um die Aufhebung des UN-Waffenembargos gegenüber China war umstritten und hat selbst innerhalb der Regierungskoalition zu Zerreißproben geführt. Die Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei, die bei den letzten Europawahlen als mögliches Wahlkampfthema gesehen wurde, ist mittlerweile durch die Krise des EU-Verfassungsprozesses in den Hintergrund getreten. Angesichts der zunehmenden Skepsis gegenüber einer türkischen EU-Mitgliedschaft in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung tut die SPD ohnehin gut daran, das Thema da zu lassen, wo es ist: unter dem Teppich.

Ungeachtet der erklärten Absicht der SPD, aus möglichen außenpolitischen Krisen Kapital für die Bundestagswahlen zu schlagen, wird sich die Situation von 2002 also kaum wiederholen lassen. Ohnehin ist der Wahlfaktor „Weltpolitik“ eher klein. Außen- und sicherheitspolitische Themen spielen bei Wahlentscheidungen hierzulande immer eine weitaus geringere Rolle, als

es oft den Anschein hat. Der Ausgang der Wahlen 2002 war derart knapp, dass mittlerweile so ziemlich alles und jeder für die rot-grüne Stimmenmehrheit verantwortlich gemacht wurde: die türkischstämmigen Wähler, das Wetter, die dankbaren Holzmann-Bediensteten oder eben Kanzler Schröders Heraushalten aus dem Irak-Krieg, bevor es ein Krieg war. Aber selbst wenn es zutrifft, dass das wahlkampfaktische „Nein“ zum Irak-Krieg Rot-Grün 2002 den Sieg bescherte, so wäre der „Mut zum Frieden“ im Wahlkampf 2005 kaum mehr als ein ziemlich kleines Tröpfchen auf einen ziemlich kalten Stein.

Andreas Jacobs und Karl-Heinz Kamp